



Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren: Über 8.000 Menschen demonstrierten am 28. Oktober gegen das Belastungspaket der Regierung in Graz.

Sparpaket für den Rest der Bevölkerung. Es ist kein Zufall, dass die Manager Abfertigungen und Prämien in der Höhe von vielen Millionen bekommen.

Wir müssen jetzt noch mehr rechnen: Das Belastungspaket bedeutet den Verlust von mehreren tausend Euro pro Jahr, besonders Familien werden getroffen. Benzin und Diesel werden teurer, Gebühren werden erhöht. Es wird immer schwieriger, mit dem Geld auszukommen. Die arbeitenden Menschen werden immer stärker belastet, die Armut wächst in unserem Land.

Was tun?

Sollen wir froh darüber sein, dass uns die Regierung in Österreich angeblich weniger schröpft als es die Regierungen in Griechenland, Großbritannien oder Spanien mit „ihrer“ Bevölkerung tun?

Sollen wir dafür danken, dass die Unternehmer bekommen haben, was sie wollen? Oder sollen wir uns wehren?

Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen

Von Christian Promitzer
(Hochschullehrer)



Mit dem Sparpaket betreibt die Regierung Sozialabbau und Bildungsabbau. Die Studierendenproteste von 2009 haben sich gegen Einsparungen bei den Unis, gegen die zunehmende Abschaffung des freien Hochschulzugangs und gegen die Ausrichtung der Studien an den Interessen der Wirtschaft gerichtet. Die sogenannte Bologna-Reform verlangt die Ersetzung des alten Diplomstudiums durch ein kürzeres Bachelorstudium mit einem sich daran anschließenden Masterstudium. Unter dem Vorwand, jungen Menschen früher zu einem Abschluss und zu Jobs zu verhelfen, wird eine Zweiteilung zwischen besser und weniger gut qualifizierten Menschen gemacht, gleichsam nach dem Motto „Die Guten ins Master-Töpfchen, die Schlechten ins Bachelor-Kröpfchen“. Die Streichung der Familienbeihilfe ab dem 24. Lebensjahr lässt vermuten, dass die Auswahl für das Masterstudium nach dem Vermögensstand der Eltern erfolgen soll. Gemäß dem Elitedenken der ÖVP würden Kinder

wohlhabender Eltern weiterhin das Privileg eines hochwertigen Studienabschlusses genießen. Kindern aus ArbeiterInnen- und einfachen Angestelltenfamilien aber soll das Studium schwergemacht werden. Viele Studierende müssen nebenbei arbeiten und müssen sich fallweise entschuldigen, weil sie ihre Arbeitszeit nach den Wünschen des Dienstgebers auszurichten haben. Durch die Streichung der Familienbeihilfe wird ihre Situation vollends prekär. Die jetzigen Studierendenproteste sind kein Nebenschauplatz sondern stellen einen Abbau bisher zentraler Rechte der werktätigen Bevölkerung dar. Allein aus diesem Grund ist ein einheitliches Vorgehen der Studierenden und des ÖGB notwendig.

